

Tagungsbericht

Europa zwischen Aufbruch und Frustration: Wie erreichen wir mehr Integration und Stabilität?

Eine Tagung von Allianz SE und Stiftung Marktwirtschaft
am 19. Februar 2019 in Berlin



Inhaltsverzeichnis

3 Begrüßung

Dr. Dirk Förterer

*Direktor Politik, Regulierung und Zukunftsthemen,
Allianz Deutschland AG*

Prof. Dr. Michael Eilfort

Vorstand Stiftung Marktwirtschaft

4 Keynote: Mehr Union – aber wie und wo?

Bruno Le Maire

Französischer Wirtschafts- und Finanzminister

6 Podiumsdiskussion

7 Dr. Franziska Brantner MdB

Sprecherin für Europapolitik Bündnis 90/Die Grünen

8 Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld

*Direktor des Walter Eucken Instituts,
Kronberger Kreis*

9 Prof. Dr. Michael Heise

Chefvolkswirt der Allianz SE

10 Gunther Krichbaum MdB

*Vorsitzender des Europaausschusses
des Deutschen Bundestages*

11 Peter Praet Ph.D.

Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank

Moderation der Veranstaltung

Dr. Ursula Weidenfeld

Journalistin

Impressum

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60, 10117 Berlin
Tel.: (030) 20 60 57-0
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Ansprechpartner/Text:
Dr. Jörg König
koenig@stiftung-marktwirtschaft.de

Fotos: Dirk Hasskarl





Dr. Dirk Förterer begrüßt die Redner und mehr als 400 anwesenden Gäste im Allianz Forum am Pariser Platz zur nunmehr vierten gemeinsamen Veranstaltung von Stiftung Marktwirtschaft und Allianz SE. Förterer sieht den überaus großen Zuspruch zur Veranstaltung als Beleg dafür, dass die Menschen ein gesteigertes Interesse an Europa hätten und dass die namhaften Redner und Panelisten auf dem Podium den europäischen Aufbruch nicht nur diskutierten, sondern auch aktiv mitgestalteten.

„Als deutsches und zugleich europäisches Unternehmen beziehen wir ganz klar Position für Europa und für die Europäische Union. Für uns gibt es zur europäischen Perspektive keine Alternative“, bekräftigt der Direktor für Politik, Regulierung und Zukunftsthemen der Allianz Deutschland AG. Damit der erhoffte Aufbruch in Europa gelingen könne, benötige es politische und wirtschaftliche Stabilität. Als Versicherer sehe man Stabilität schon qua Geschäftsmodell positiv. Indem die Allianz dabei helfe, Schäden über Versicherungsgemeinschaften abzufangen, würden Risiken gedämpft und den Versicherten wieder Zuversicht und Spielräume ermöglicht, um Großes und Neues zu wagen.

„Wenn jedoch Stabilität gefährdet ist, kann auch eine fortgesetzte Integration nicht gelingen“, erläutert Förterer. Um Stabilität in einem vielfältigen Europa zu gewährleisten, müssten zwischen den internationalen Partnern Brücken gebaut werden – kommunikativ, politisch und wirtschaftlich. Diese Brücken sollten stabil, aber nicht starr und rigide sein. Es komme auf die richtige Mischung aus Stabilität und Flexibilität an, damit Spannungen kompensiert und abgeleitet werden könnten.

In der Baukunst gebe es dafür die Dehnungsfuge, die stabile Verbindungen zulasse und Spannungen unter verändertem Druck auffange. Förterer sei sehr gespannt, wo in der folgenden Diskussion die Stahlträger und wo die Dehnungsfugen gesetzt würden: „Als Allianz beteiligen wir uns sehr gern an dieser Debatte.“

„Wenn der europäische Aufbruch gelingt, werden auch die Frustrationen in Europa, die als Warnsignal und Wachrüttler gesehen werden sollten, wieder abnehmen“, betont der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, Prof. Dr. Michael Eilfort. Es dürfe jedoch nicht jede Bewegung mit Aufbruch gleichgesetzt werden. Das Ziel müsse stimmen und fokussiert angegangen werden, auch wenn die Wege dorthin selten geradlinig verlaufen, wie der ehemalige französische Premier- und Finanzminister Edgar Faure einmal festgestellt habe: „Die Politik ist selten eine Schussfahrt, meistens ist sie ein Slalom.“

Auch in der Politik sei es wichtig, die richtigen Tore regelgerecht links und rechts liegen zu lassen. Regeltreue und Klarheit im Handeln habe man in der Europäischen Union und in der Eurozone jedoch häufig vermissen lassen. Dies zeigten die zahlreichen ungeahndeten Maastricht-Verletzungen und der fehlende Reformeifer im Rahmen des Europäischen Semesters – auch vonseiten Deutschlands. Der Fortschritt und Zusammenhalt in Europa hänge davon ab, dass sich alle an die gemeinsamen Regeln und Prinzipien halten. Es werde inzwischen immer deutlicher, dass falsch verstandene Solidarität eine Gemeinschaft strapazieren und zu mehr Divergenz und Spaltung führen könne. Vor allem dann, wenn internationale Hilfen nicht zur Selbsthilfe, sondern zu Fehlanreizen und nationalem Eigensinn führten.

„Europa verdient und braucht unser Engagement. Es braucht unsere Herzen, aber auch unsere Vernunft und unseren Verstand“, appelliert Eilfort. Die Stiftung Marktwirtschaft befürworte eine Europäische Union der Vielfalt, des Wettbewerbs und der Subsidiarität, in der auf allen Ebenen Entscheidung und Verantwortung zusammenfallen. Die EU und der Euro dürften nicht mehr als Selbstbedienungsladen und Sündenbock für verfehlte nationale Politik verstanden werden. Ein klar fokussiertes deutsch-französisches Gespann könne richtungsweisend sein und den notwendigen Aufbruch herbeiführen. Dabei komme es sehr genau auf das „Wie“ und „Wo“ weiterer Integrationsschritte an.



„Entweder wir entwickeln eine neue Europäische Union, die stärker und gemeinsamer agiert oder wir werden von der internationalen Bühne verschwinden“, mahnt der Wirtschafts- und Finanzminister Frankreichs in seiner Eröffnungsrede. Die EU stehe vor existentiellen Herausforderungen. Die Hoffnung, nach dem Fall der Berliner Mauer und des Eisernen Vorhangs hätten sich die liberalen Demokratien des Westens als unantastbare Weltanschauung und Sieger in der Geschichte erwiesen, habe sich als falsch herausgestellt. Auf der einen Seite expandierten undemokratische Nationen wie China über die Seidenstraßen der Neuzeit und drängten geopolitisch an die Spitze. Auf der anderen Seite stellten die USA sich dieser Entwicklung mit einem verschärften Handelsstreit entgegen und verhielten sich auch gegenüber Europa zunehmend aggressiv. Europa aber bleibe in vielen Bereichen unbeweglich, ob es nun um eine aktive Gestaltung des technologischen Wandels gehe, um innovative Antriebssysteme im Verkehrssektor oder um die Fortentwicklung der NATO.

„Wenn wir aber stehen bleiben und uns nicht in die Lage versetzen, politisch wichtige Entscheidungen zu treffen, die die derzeitige Situation erfordert, dann schaffen wir einen Nährboden für Populismus“, gibt Le Maire zu bedenken. Frankreich und Deutschland als der Kern Europas müssten erneut Hand in Hand gehen, um die europäische Kultur und die gemeinsamen Werte gegen extreme Mächte zu verteidigen. Er rufe alle Europäer auf, zu erwachen: „Dieses europäische Erwachen kann von unseren beiden Ländern ausgelöst werden. Wir haben eine Verabredung mit der Geschichte.“

Er stelle mit Genugtuung fest, dass sowohl Frankreich als auch Deutschland mit alten wirtschaftspolitischen Tabus gebrochen hätten und sich aufeinander zubewegten. Vor einigen Jahren sei es beispielsweise undenkbar gewesen, in Deutschland einen Mindestlohn zu beschließen. Und in Frankreich habe bislang die Praxis vorgeherrscht, die Ein-

nahmen und Ausgaben des Staates zu erhöhen. „Hier steht nun aber ein Finanz- und Wirtschaftsminister vor Ihnen, der sagt, dass Steuern und Schulden in unserem Land zu hoch sind und wir sparen müssen.“ Er arbeite daran, in Frankreich die Unternehmensbesteuerung bis zum Jahr 2022 von 33 auf 25 Prozent zu senken und gleichzeitig die europäischen Fiskalregeln einzuhalten. „Solange man diese Regeln nicht selbst umsetzt, ist es für mich tabu, sie zu kritisieren“, argumentiert Le Maire.

Der im vergangenen Sommer vereinbarte Meseberger Fahrplan sowie der vor wenigen Wochen unterzeichnete Vertrag von Aachen stellten Abkommen historischen Wertes zwischen beiden Ländern dar. Einigen gingen die getroffenen Vereinbarungen zwar nicht weit genug. Er müsse aber daran erinnern, dass man noch vor ein paar Monaten den Terminus „Europäischer Haushalt für die Eurozone“ in Deutschland kaum habe aussprechen dürfen.

Die Stärkung der Eurozone sei für Le Maire, neben der deutsch-französischen Kooperation und einer gemeinsamen Industriestrategie, eine von drei zentralen Säulen für ein besseres Europa. „Der Euro verkörpert die europäische Macht und deshalb brauchen wir diesen Euro“, bekräftigt der Minister. Ein gemeinsamer Haushalt für die Eurozone würde Synergieeffekte schaffen und zu mehr wirtschaftlicher Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten führen. Die derzeitigen nationalen Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit und im Wirtschaftswachstum würden in einer neuen Krise den Fortbestand der Eurozone gefährden.

Darüber hinaus müssten die fragmentierten Kapitalmärkte in Europa vereint werden. Hierbei gehe es vor allem um die konkrete Frage, weshalb Europa keine technologischen Giganten wie Google, Facebook, Apple oder Microsoft hervorbringe. Die Antwort sei einfach: In Europa stünde nicht ausreichend Wagniskapital zur Verfügung. Der Umfang des Wagniskapitals im Jahr 2018 habe in den USA 100, in China 80 und in Europa 20 Milliarden Euro betragen. Dies sei im

globalen Wettbewerb viel zu wenig. Mit so geringen Finanzmitteln entstünden keine europäischen Champions.

Um europäische Champions hervorzubringen, brauche es neben einer Union der Kapitalmärkte eine gemeinsame Industriestrategie. Diese Strategie müsse klar und ambitioniert sein. „Wenn wir weiter zu den großen Mächten gehören wollen, dann müssen wir auch große Technologie- und Industrieländer bleiben“, erläutert Le Maire. Er habe mit seinem deutschen Amtskollegen Peter Altmaier vor wenigen Stunden im Wirtschaftsministerium eine solche gemeinsame Industriestrategie beschlossen. Sie hätten sich dabei auf drei Schlüsselfaktoren verständigt.

Der erste Schlüssel betreffe die Innovationsbereitschaft und -fähigkeit. In die Speicherung von Daten und erneuerbaren Energien sowie in die Künstliche Intelligenz müsse massiv investiert werden. Hierfür bräuchte es einen europäischen Innovationsfonds nach dem Vorbild der US-Agentur DARPA, der sämtliche innovative Projekte fördere – dies sei überlebenswichtig. Alle Protagonisten müssten an einem Strang ziehen: „Für mich ist es wichtig, dass die gesamte Wertschöpfungskette in Europa bleibt, statt dass Technologietransfer stattfindet und in China oder den USA produziert wird.“

Der zweite Schlüssel liege in einer Änderung des Europäischen Wettbewerbsrechts. Le Maire kritisiert scharf, dass die Europäische Kommission dem geplanten Zusammenschluss von Alstom und Siemens nicht zugestimmt habe. Ohne europäische Champions könne man aber nicht auf Augenhöhe mit chinesischen Staatsunternehmen konkurrieren.

Dies sei ein schwerwiegender politischer Fehler. Unzeitgemäße europäische Wettbewerbsregeln müssten gelockert werden.

Der dritte Schlüssel einer erfolgreichen Industriestrategie liege in der Fähigkeit, sich zu schützen: „Wenn man jahrzehntelang investiert hat, um die besten Roboter und Autos zu bauen, die besten Algorithmen und Industrieprozesse zu haben, dann muss man sie schützen und vermeiden, dass irgendwelche Fremdinvestoren kommen und sich bedienen wie im IKEA-Regal.“ Le Maire betont, dass die Kontrolle ausländischer Investitionen in Europa künftig sehr viel strenger erfolgen werde – vor allem in technologie- und sicherheitsrelevanten Bereichen.

Seine Eröffnungsrede schließt der französische Wirtschafts- und Finanzminister mit einigen persönlichen Überlegungen. Er beobachte eine zunehmende Spaltung in der europäischen Gesellschaft, die sich seiner Meinung nach auch aus der Globalisierung ergeben habe. Er glaube an die Soziale Marktwirtschaft, aber der Kapitalismus müsse sich infrage stellen und sich ändern, um mehr Gerechtigkeit zu erzeugen. Steuerliche Gerechtigkeit sei derzeit nicht gegeben, wenn mittelständische Unternehmen 14 Prozent mehr Unternehmensteuer als Google oder Amazon zahlen und multinationale Unternehmen Steuerflucht betreiben würden.

Europa müsse ein eigenes Wirtschaftsmodell anbieten, dass auf einem Level Playing Field, auf Gleichbehandlung und Gleichberechtigung fuße. Dann sei Le Maire für die Zukunft Europas zuversichtlich: „Wir schaffen das.“





Allianz  Marktwirtschaft

Podiumsdiskussion

Dr. Friedrich Bismuth Wolf
Präsident des Bundesverbandes der Wirtschaftsjournalisten

Prof. Dr. Dr. h.c. Leo V. Feld
Präsident des Bundesverbandes der Wirtschaftsjournalisten

Prof. Dr. Michael Hübsch
Präsident des Bundesverbandes der Wirtschaftsjournalisten

Prof. Peter Pöhl
Präsident des Bundesverbandes der Wirtschaftsjournalisten

Podiumsdiskussion



Dr. Ursula Weidenfeld, Wirtschaftsjournalistin und Moderatorin der Tagung.





Dr. Franziska Brantner MdB
Sprecherin für Europapolitik
der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

In der Podiumsdiskussion sieht Dr. Franziska Brantner die von den Ministern Bruno Le Maire und Peter Altmaier angestoßene Debatte um eine europäische Industriestrategie grundsätzlich positiv. Es sei nun entscheidend, den deutsch-französischen Impuls mit weiteren europäischen Akteuren zu diskutieren, um ein europaweit abgestimmtes Vorgehen auszuloten.

„Zunächst sollte man festhalten, dass das europäische Wettbewerbsrecht auch Großartiges in Europa geleistet hat“, betont die europapolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die verhängten Rekordstrafen gegen Google wegen Wettbewerbsverstößen in der EU zeigten, dass Europa sich durchaus gegen unfaire Wettbewerbspraktiken großer Weltmarktführer behaupten könne. Änderungen am bestehenden EU-Wettbewerbsrecht dürften daher nicht leichtfertig erfolgen. Eine differenzierte Herangehensweise sei wichtig.

„Andererseits darf man auch nicht naiv damit umgehen, wie andere Länder den Wettbewerb selber definieren“, mahnt Brantner. Das Problem sei, dass vielfach nicht mehr freie Marktakteure in Europa investierten, sondern Länder bzw. staatlich kontrollierte Unternehmen. „Und dann ist eine Rückweisung der Investition eines Landes eben nicht automatisch Protektionismus, sondern die Sicherung einer kritischen Infrastruktur“, führt Brantner aus. Gerade im digitalen Bereich müsse Europa die Kontrolle gegenüber geopolitischen Interessen von Drittstaaten behalten. Sie befürworte Regelungen, die Klarheit für ausländische Investoren schafften und gleichzeitig kritische Infrastruktur und spezielle Technologien in Europa ausreichend schützten.

Darüber hinaus müsse Europa selbst wesentlich mehr Investitionen in Schlüsseltechnologien tätigen, wie es auch Le Maire angesprochen habe. „Wenn wir zukunftsweisende Technologien verschlafen, wird unsere digitale Zukunft nur noch von China oder den USA bestimmt“, warnt die Europaexpertin der Grünen. Man müsse klug analysieren,

wo sich Investitionen lohnten. Die USA und Israel hätten durch massive Ausgaben in der militärischen Forschung Spillover-Effekte in digitale Bereiche bewirkt. Es sei daher nicht immer im Vorhinein klar, über welche Wege der technische Fortschritt am besten zu fördern sei. „Dass wir in dem Sinne Staatswirtschaft bekommen, in der alles nur noch über staatliche Investitionen läuft, will aber natürlich auch keiner“, bekräftigt Brantner.

Bei der Debatte um eine Vertiefung der europäischen Integration habe ihr die ursprüngliche Idee des französischen Präsidenten Macron gefallen, europäische Gemeinschaftsgüter zu definieren und zu finanzieren. Von einer europäischen Grenzkontrolle würden beispielsweise alle Mitgliedstaaten profitieren. Eine gemeinsame Finanzierung würde zu Entlastungseffekten in Italien und Griechenland führen, während Deutschland etwas mehr als heute zu zahlen hätte. „Das fände ich richtig und das wäre auch keine Transferunion“, erläutert Brantner. Die besonders in Deutschland anzutreffende Sorge, dass die EU zu einer reinen Transferunion werde, führe häufig dazu, dass wichtige Integrationsfortschritte ausblieben.

Die gemeinsame Finanzierung europäischer Güter könne ihrer Meinung nach zudem eine stabilisierende Wirkung entfalten. Bei einer rein nationalen Finanzierung würde eine wirtschaftliche Krise im Inland die Bereitstellung von Gütern negativ beeinträchtigen. Bei einer gemeinsamen Finanzierung würde hingegen ein europäisches Güterangebot konjunkturunabhängig sichergestellt, sofern nicht alle Mitgliedstaaten zeitgleich in eine Krise gerieten. Die EU brauche hierfür deutlich mehr Geld von den Mitgliedstaaten – auch über weitere Steuern. „Am besten über einen Anteil an der Unternehmensteuer, die auf einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage beruht“, verdeutlicht Brantner. Dies würde auch das angesprochene Steuergefälle reduzieren und für mehr Steuergerechtigkeit in Europa sorgen.



„Ich bin nicht naiv. Mir ist sehr bewusst, wie in China und in den USA mithilfe von Handelshemmnissen und Subventionen der internationale Wettbewerb beeinflusst wird“, hebt Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld hervor, der zugleich Sprecher des Kronberger Kreises, des wissenschaftlichen Beirats der Stiftung Marktwirtschaft, ist. Dieser Situation mit einer groß angelegten Industriestrategie und Änderungen am europäischen Wettbewerbsrecht begegnen zu wollen, sei aus seiner Sicht jedoch verfehlt.

„Ich halte es für einen sehr großen Fehler, europäische Champions industriepolitisch küren zu wollen, um die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen in Drittstaaten zu steigern“, unterstreicht Feld. Diese Unternehmen würden eine marktbeherrschende Stellung in Europa erlangen, die es ihnen erlaube, zulasten der europäischen Konsumenten höhere Preise durchzusetzen. Eine Quersubventionierung etwa der chinesischen Konsumenten durch die europäischen Konsumenten halte er nicht für zielführend.

Wie man auf dem europäischen Markt mit großen Netzwerkindustrien umgehe, sei keine Frage der Änderung des Wettbewerbsrechts, sondern seiner Anwendung. Hierbei habe die EU-Kommission in den vergangenen Jahren sehr gute Arbeit geleistet – dies gelte nicht nur im Hinblick auf die Wettbewerbsverstöße von Google, sondern auch auf das von Le Maire kritisierte Fusionsverbot von Alstom und Siemens. Entgegen anderslautender Aussagen berücksichtige die EU-Kommission in ihrer Anwendung des Kartellrechts durchaus die Wettbewerbssituation auf dem Weltmarkt, sofern es der jeweilige Fall erfordere.

Effizienter und nachhaltiger sei es, die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen zu stärken, indem den Unternehmen mehr Freiheiten und Möglichkeiten eingeräumt würden. „Die Amerikaner haben große und starke Technologiekonzerne ohne Protektionismus oder staatliche Investitionsprogramme hervorgebracht“, erläutert der Wirtschaftsweisenfeld. Die regulatorischen und finanziel-

len Voraussetzungen für innovative Unternehmen seien in den USA wesentlich besser als in Europa. Le Maire habe zu Recht auf das zu geringe Wagniskapital in Europa hingewiesen. Entsprechend müsse in der Europäischen Union eine stärkere Vertiefung der Finanz- und Kapitalmärkte erreicht werden. Die Schaffung von großen systemischen Banken, die im Krisenfall als „too big to fail“ eingestuft und mit Steuergeldern gerettet würden, gehöre aber nicht dazu.

Darüber hinaus halte er es nicht für angebracht, im derzeitigen EU-Integrationsgefüge europäische Steuern, beispielsweise eine Digitalsteuer, anzustreben: „Eine europäische Steuer ohne europäische Bundesstaatlichkeit ist ein No-Go – egal welche Steuer oder wie klein oder wie groß sie ist.“ Ansonsten seien Verteilungskonflikte vorgezeichnet, da es in der Fiskalpolitik nicht nur um eine makroökonomische Stabilisierung, sondern um finanziellen Ausgleich zwischen den Mitgliedstaaten gehe.

Zudem sei es eine Illusion zu glauben, dass ein EU-Finanzminister im Gegenzug die notwendigen Durchgriffsrechte auf die nationalen Haushalte bekäme und diese durchsetzen könne. „Ich kenne keinen funktionierenden Föderalstaat, in dem das der Fall ist – auch in Deutschland nicht“, betont der Sprecher des Kronberger Kreises. Eine vollständige Eigenverantwortlichkeit der Gliedstaaten sei in Deutschland leider nicht vorhanden. Stattdessen bestünde ein Haftungsverbund, der hohe Ausgaben und eine übermäßige Verschuldung der Länder impliziere. „In Europa sollte man das besser anders organisieren“, mahnt Feld. Wünschenswert sei beispielsweise ein stärkeres Vorgehen dort, wo ein europäischer Mehrwert entstünde. Dies treffe auf die Landesverteidigung, den Schutz der Außengrenzen, die Außenpolitik und die Bewältigung grenzüberschreitender Kriminalität zu. Ein Europa, das mit merkantilistischen Methoden die europäischen Unternehmen vor Wettbewerb zu schützen versuche und sich gegenüber Drittstaaten abschotte, sei hingegen nicht erstrebenswert.



Prof. Dr. Michael Heise
Chefvolkswirt Allianz SE

„Protektionismus kann man natürlich nicht gutheißen“, betont Prof. Dr. Michael Heise. Er habe jedoch Le Maires Plädoyer nicht als protektionistische Absichtserklärung interpretiert, sondern als Aufruf für eine gemeinsame industriepolitische Strategie. Die deutsch-französische Initiative sollte sich seiner Meinung nach darauf konzentrieren, die verschiedenen europäischen Märkte weiter zu integrieren und zu vergrößern, um große und wettbewerbsstarke Unternehmen auf natürliche Art und Weise entstehen zu lassen. Skaleneffekte würden dann dazu führen, dass die Unternehmen ihre Produkte nicht zu höheren, sondern zu niedrigeren Preisen anbieten könnten, argumentiert Heise.

„Wir benötigen eine stärkere Integration der Finanzmärkte“, hebt der Chefvolkswirt der Allianz SE hervor. Die europäische Wirtschaft sei auf große paneuropäische Finanzinstitute angewiesen. Es sei wichtig, mit den riesigen und marktmächtigen Unternehmen, etwa in den USA, ansatzweise wieder mithalten zu können. Dies gelte vor allem für den Bereich digitaler Dienstleistungen. Im Gegensatz zu den USA bestünden hierbei in Europa viele unterschiedliche nationale Regulierungen, die die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen behinderten. Nationale Vorgaben sollten möglichst europaweit vereinheitlicht werden. Eine solche Strategie der Marktintegration werde dringend benötigt.

„Wir müssen zudem geeignete Rahmenbedingungen schaffen, damit die Investitionstätigkeit in Europa wieder anspringt“, fordert Heise. Auch hierzu bedarf es eines deutsch-französischen Impulses. Le Maire habe eine Senkung der Unternehmensteuern in Frankreich angekündigt. Die steuerlichen Bedingungen sollten Heise zufolge auch in weiteren EU-Mitgliedstaaten, insbesondere in Deutschland, verbessert werden, um Investitionsanreize zu setzen. Seit der Finanzkrise seien in Deutschland außerdem die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie für Anlagen und Ausrüstungen weitaus geringer gestiegen als das Bruttoin-

landsprodukt oder der Konsum. Auch hier müsse angesetzt werden, damit das Potentialwachstum wieder nachhaltig steigen könne.

Um die europäische Währungsunion zu stärken, müsse überdies die Bankenunion vollendet werden. Der bereits implementierte einheitliche Aufsichts- und Abwicklungsmechanismus für europäische Banken sei ein bedeutender Fortschritt und vor zehn Jahren komplett unvorstellbar gewesen. Die großen TARGET2-Salden im Eurosystem verdeutlichten jedoch, dass die grenzüberschreitenden Kreditströme zwischen den privaten Banken nicht richtig funktionierten. Bei der weiteren Integration des Bankenmarktes dürfe keine Zeit mehr verloren gehen. Dies schließe seiner Meinung nach die strittige europäische Einlagensicherung ein. Die Stabilisierung des europäischen Bankenmarktes müsse dabei im Vordergrund stehen. Hierzu bedürfe es auch einen gewissen Grad der Risikoteilung.

Die Schaffung eines Eurozonen-Budgets, wie von Deutschland und Frankreich in der Meseberger Erklärung vorgesehen, halte er nicht für besonders erstrebenswert. Zwar würden dadurch eventuell ein paar weitere Investitionen gefördert, jedoch habe schon der Juncker-Investitionsfonds gezeigt, dass hierdurch kein nachhaltiger Durchbruch zu erwarten sei.

Sehr langfristig gedacht, könne ein EU-Finanzminister durchaus eine stabilisierende Wirkung entfalten. Hierfür müssten weitreichende Souveränitätsrechte an die europäische Ebene abgetreten werden, die dann nicht nur Steuerhoheit, sondern auch Ausgabenhoheit übertragen bekäme. „Davon sind wir aber weit entfernt“, konstatiert Heise. Er halte daher einen anderen Ansatz für erfolgversprechender: „Wir müssen gemeinsame Aufgaben für Europa definieren und diese auch gemeinsam finanzieren.“ Dies höre nicht bei der europäischen Grenzsicherung auf, sondern könne auch eine gemeinsame Entwicklungshilfepolitik beinhalten. Europa solle mit pragmatischen Schritten weiter vorangehen.



Gunther Krichbaum MdB
*Vorsitzender des Europaausschusses
des Deutschen Bundestages*

„Ich begrüße die deutsch-französische Initiative und finde es wichtig, über eine gemeinsame europäische Industriestrategie zu debattieren“, bekräftigt Gunther Krichbaum. Selbstverständlich müsse man in Wettbewerbsfragen stets differenzieren und den Einzelfall betrachten. Aber zur Wahrheit gehöre auch, wie Dr. Brantner gesagt habe, dass hinter manchen Unternehmen und Investitionen Länderinteressen stünden, die die internationalen Märkte zu ihren Gunsten zu beeinflussen versuchten. Insbesondere in sicherheitsrelevanten Bereichen müsse der europäische Markt geschützt werden.

„Ich würde mir wünschen, dass die Offenheit, die Europa gegenüber chinesischen Investitionen aufbringt, auch umgekehrt für europäische Investitionen in China gilt“, appelliert Krichbaum. Dies sei bislang leider nicht der Fall. In Europa würden Aufträge von mittlerem und höherem Auftragswert im Zuge wettbewerblicher Verfahren öffentlich ausgeschrieben. Somit stehe der Markt auch für chinesische Investitionen offen.

Zudem müsse im EU-Wettbewerbsrecht manches überdacht werden. Durch die europäische Brille betrachtet sei es zunächst richtig gewesen, die beabsichtigte Fusion zwischen Alstom und Siemens zu untersagen, da beide Firmen zusammen etwa 80 Prozent des europäischen Marktes beherrschten. Andererseits müsse die EU auch eruieren, wie sie es den europäischen Unternehmen ermöglichen könne, zu Global Playern aufzusteigen. Gerade im Finanzdienstleistungsbereich schaffe es Europa nicht, im globalen Wettbewerb mitzumischen. Unter den zehn größten Banken weltweit finde sich keine einzige europäische Bank. „Ich finde das sehr, sehr kritisch, weil dadurch nicht mehr die notwendige Betriebsgröße gegeben ist, um noch größere Projekte an Land zu ziehen und zu stemmen“, gibt Krichbaum zu bedenken.

Die Vollendung der Bankenunion sei ihm ein zentrales Anliegen, um mehr Stabilität im Bankensektor zu errei-

chen. Zunächst müssten aber die Risiken in den Bankbilanzen, die zum Teil durch hohe Bestände an notleidenden Krediten gekennzeichnet seien, weiter abgebaut werden. Vereinzelt habe man zwar erhebliche Fortschritte erzielen können. Auch in diesen Markt sei wieder Bewegung gekommen, wie der Kauf einer größeren Tranche notleidender Kredite der italienischen Bank Intesa Sanpaolo durch die schwedische Firma Intrum belege. Jedoch gebe es nach wie vor große Unterschiede in den europäischen Bankbilanzen. Einige EU-Mitgliedstaaten, wie Griechenland oder Zypern, würden weiterhin hohe zweistellige Bestandsquoten an notleidenden Krediten aufweisen. Auch in Italien sei die Quote trotz der jüngsten Verbesserungen noch viel zu hoch.

„Das vielleicht größte Problem ist aber, dass der Reformdruck in Europa wieder abgenommen hat“, konstatiert der CDU-Politiker. Wenn der internationale Druck fehle, werde das Reformtempo in den Mitgliedstaaten reduziert. Das habe man leider zuletzt in Italien beobachten müssen. Der umstrittene Haushaltsentwurf der italienischen Regierung zeige ihm, dass fiskalische Durchgriffsrechte mitunter sinnvoll wären.

„Für die Etablierung eines EU-Finanzministers fehlt mir aber ein Stück weit die Fantasie“, räumt Krichbaum ein. Er könne sich nicht vorstellen, dass ein nationales Parlament den beschlossenen Haushalt zu einem Europäischen Finanzminister nach Brüssel weiterleite, der dann den spitzen Bleistift und Radiergummi heraushole und demokratisch beschlossene Entwürfe nach eigenem Gutdünken abändere.

Aus seiner Sicht sinnvoll wäre hingegen die Vertiefung der Zusammenarbeit in der europäischen Außenpolitik. Hierbei stelle die gemeinsame Unterstützung des afrikanischen Nachbarkontinents ein Schlüsselement dar. Dort müsse die EU wesentlich stärker Investitionen tätigen, die den Menschen vor Ort eine Perspektive böten.



Peter Praet Ph.D.
Mitglied des Direktoriums
der Europäischen Zentralbank

“We should be careful not to have polarized views”, sagt der Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, Peter Praet. In globalen Wettbewerbsfragen prinzipiell von Gewinnern und Verlierern, Champions und Nicht-Champions zu sprechen, halte er für zu schemenhaft und populistisch. Die Wirtschaft sei kein Nullsummenspiel, sondern bringe vor allem Win-Win-Ergebnisse hervor, von denen alle Beteiligten profitierten. Die traditionellen Vorzüge einer auf Wettbewerb und Freihandel setzenden liberalen Marktwirtschaft gälten nach wie vor.

“However, we have to be very careful also not being naive”, gibt Praet zu bedenken. Die internationalen Wettbewerbsbedingungen hätten sich in den vergangenen Jahren sehr verändert. Insofern könne er die Motivation hinter den von Le Maire gemachten Vorschlägen nachvollziehen. Zwischen China und den USA häuften sich Streitigkeiten um den Schutz geistigen Eigentums, die auch in Europa Anlass zur Sorge gäben. Für einen funktionierenden und fairen Wettbewerb spielten klar definierte und weltweit gesicherte Eigentumsrechte eine wesentliche Rolle. Um die mit Eigentumsrechten verbundenen Innovationsanreize und Daten europäischer Unternehmen und Bürger ausreichend gegenüber Drittstaaten zu schützen, müsse die Europäische Union global mit einer Stimme sprechen und dürfe sich nicht auseinanderdividieren lassen. Nur ein auch nach außen hin geeintes Europa könne für die notwendige Stärke bei internationalen Verhandlungen sorgen und faire Wettbewerbsbedingungen durchsetzen.

Darüber hinaus gebe es eine hohe Marktkonzentration von Netzwerkindustrien in den USA, die zunehmend über Marktmacht in Europa verfügten. Die in diesen Winner-Takes-All-Märkten dominierenden Akteure seien jedoch nicht zwangsläufig die effizientesten Unternehmen. Mehr Wettbewerb – auch von europäischer Seite – könne hier sicherlich nicht schaden. „Yet, it is not clear

whether creating a European champion is, prima facie, a good deal or not”, erläutert Praet. Die Realität sei wesentlich komplexer als einfache Antworten suggerierten. “This deserves detailed analyses – and when you touch on existing competition rules in Europe, you have to think very careful about the consequences”, mahnt der Notenbanker.

Hinsichtlich der Zukunft der Währungsunion sieht Praet Dringlichkeit bei der Fertigstellung der Bankenunion und Kapitalmarktunion geboten. Beide Projekte habe die Europäische Zentralbank von Beginn an stark befürwortet und aktiv begleitet. Sie würden die Finanzstabilität der Eurozone wesentlich erhöhen. Ein bedeutender Schritt zur Vervollständigung der Kapitalmarktunion liege seiner Meinung nach in der Harmonisierung nationaler Insolvenzregelungen. Zwischen den europäischen Mitgliedstaaten würden nach wie vor große Unterschiede in den Standards und Regelungen vorherrschen, die grenzüberschreitende Investitionen hemmten.

Zur Vervollständigung der Bankenunion bedürfe es zudem einer gemeinsamen europäischen Einlagensicherung. Die besonders von deutscher Seite für notwendig erachtete Vorgehensweise, vor einer Risikoteilung zunächst die Risiken in den jeweiligen Bankbilanzen erheblich zu reduzieren, sei grundsätzlich einleuchtend und vernünftig. Er persönlich würde sich aber ein mutigeres und schnelleres Vorgehen wünschen. Mit der Einführung einer gemeinsamen Einlagensicherung abzuwarten, bis auch die letzte kleine Bank ihre Risiken minimiert habe, würde wertvolle Jahre kosten. „But there is not much time to waste“, warnt Praet. Seiner Meinung nach könne es hilfreich sein, gewisse Ausnahmen von den Kapital- und Liquiditätsanforderungen für Tochterunternehmen im europäischen Ausland zu gewähren, um schneller das notwendige Maß an Risikoreduktion zu erhalten und die Bankenunion vervollständigen zu können.

